

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Anzeigenblatt für den Bezirk Nagold und für Ulmenholz-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 50 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Erscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Ersatz. Bezugspreis innerhalb 3 Tagen. — Für telegraphisch erteilte Aufträge übernimmt sie keine Gewähr.

Nr. 291.

Ulmenholz, Mittwoch den 2. Dezember.

Abendung 1923

Der Weg zur neuen Währung.

Nicht so sehr um eine neue Währung handelt es sich bei der Einführung der Rentenmark, als um neues Geld, nach dem die Wirtschaft und jeder einzelne dringendes Verlangen tragen. Galt es doch zunächst, sich von der Willkürlichkeit und von den spekulativen Launen eines Zahlungsmittels unabhängig zu machen, das längst den Charakter eines Wertmessers eingebüßt hatte, und das schließlich auch seine Funktion als Goldzeichen mehr und mehr zu verlieren begann. Die verheerenden Wirkungen dieser Entwicklung finden ihren Ausdruck nicht nur in dem bellagerten Zustand unserer Volkswirtschaft, in der Umschichtung der sozialen Verhältnisse, der Unterhöhlung des ganzen Wirtschaftsverkehrs, der Störung des Güterumschlags, in der chaotischen Verwirrung und Unsicherheit auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens — die Inflation hat allmählich auch politische Wirkungen gezeigt in einem Grade, daß die Schaffung eines weniger schwankenden Wertmessers und Zahlungsmittels im Interesse des Staatsganzes nicht länger hinausgezögert werden durfte.

Die ideale Lösung, die Rückkehr zur Goldwährung der Vorkriegszeit, ist zur Zeit nicht erreichbar. Dazu sind unsere ganzen Verhältnisse noch zu wenig konsolidiert. Dazu fehlen auch die notwendigen Unterlagen, vor allem hinreichende Goldvorräte in ausreichender Menge, wie sie zur Deckung eines derartigen Umlaufmittels erforderlich wären. Dazu muß vor allem auch eine weitere Voraussetzung erfüllt sein: die völlige Gesundung der Reichsfinanzen, eine Aufgabe, an der gegenwärtig unter Einwirkung aller Kräfte gearbeitet wird, die aber nicht von heute auf morgen durchzuführen ist. In Berücksichtigung aller dieser Schwierigkeiten, die hier nur andeutungsweise berührt werden können, entschied man sich im Einvernehmen mit den Vertretern der Wirtschaft für eine Zwischenlösung, der manche Unzulänglichkeiten eines Kompromißgebildes anhaften mögen, die aber zum mindesten die Gewähr bietet, daß wir in der nächsten Zukunft mit einem Gelde werden arbeiten können, das sich von den Hauptmängeln der Papiermark befreit hat, das uns in den Stand setzt, die unheilvollen Störungen der Produktion zu überwinden, den Warenumsatz und den ganzen Geschäftsverkehr wieder in reguläre Bahnen zu leiten und Lohn- und Gehaltszahlungen in wertbeständigem Gelde vorzunehmen. Wenn auch neben der Rentenmark bis auf weiteres die Papiermark gebräuchliches Zahlungsmittel bleibt, so ist doch ausschlaggebend, daß sie nicht weiter gedruckt wird, und daß der Geldbedarf des Reiches von dem Zentralinstitut, der Reichsbank, abgelenkt wird auf die neugegründete Rentenbank, die getragen wird von der ganzen deutschen Wirtschaft.

Mitte November hat die Deutsche Rentenbank ihre Tätigkeit mit der Ausgabe der Rentenbanknoten — der Rentenmark — aufgenommen. Die Rentenbank ist als ein Privatunternehmen der großen Gewerkschaften der deutschen Volkswirtschaft ins Leben getreten. Ihr Aufgaben- und Geschäftskreis ist in der Verordnung über ihre Errichtung genau umschrieben. Sie besteht neben der Reichsbank, die nach wie vor oberste Kreditquelle der Wirtschaft und Leiterin der Diskontopolitik bleibt. Vor allem werden auch die privaten Kredite der Wirtschaft — auf wertbeständiger Grundlage — durch die Reichsbank gewährt. Das von der Deutschen Rentenbank ausgegebene neue Geld, die Rentenmark, ist ausgestattet mit allen Sicherheiten, über welche die deutsche Wirtschaft heute verfügt. Gestützt auf eine Bank mit tragfähiger Unterlage, bietet die Rentenmark die Gewähr, daß der deutschen Wirtschaft für die Uebergangszeit ein brauchbares, stabiles Zahlungsmittel zur Verfügung gestellt wird. Darüber hinaus wird angestrebt, für den Auslandsverkehr eine reine Goldnote zu schaffen. Diese von der Reichsbank auszugebende vollgedeckte Goldnote ist bestimmt, den Uebergang zur eigentlichen Währungsform, der Goldrechnung der Vorkriegszeit, einzuleiten. Für den inländischen Geldumlauf ist in Zukunft die Rentenmark bestimmt. Die Goldnote wird im wesentlichen dem Außenhandelsverkehr dienen. In ihr ist die Keimzelle der künftigen deutschen Währung zu erblicken.

Die Rentenbank gibt das neue Zahlungsmittel nicht in unbegrenzter Höhe aus. Wohlweislich hat man, um von vornherein einer neuen Inflation vorzubeugen, die Emission von Rentenbanknoten auf ein Höchstmaß

von 3,2 Milliarden Rentenmark begrenzt. Diese Emission ist voll durch auf Goldmark laufende und zu 5 v. H. verzinsliche Rentenbriefe gedeckt. Diese Rentenbriefe sind auf Grund von Goldschuldverschreibungen und Grundschulden ausgestellt, die Industrie, Banken, Handel und Gewerbe einerseits, der Landwirtschaft andererseits zugunsten der Rentenbank aufgelegt wurden. An die Stelle der zentralen Gold- oder Devisendeckung ist, das ist der Grundgedanke des Rentengeldes, die goldwertige Kapitalanlage getreten, in die der Rentenbanknoten einlösbar ist, eine Kapitalanlage, für deren Sicherheit die großen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit auf Grund konkreter Abmachungen einstehen. Das haben sie durch ihre Zustimmung zu dem Projekt der Rentenmark und durch die Entsendung ihrer berufenen Vertreter in den Verwaltungsrat der Rentenbank sinnfällig zum Ausdruck gebracht.

Von dem Kapital der Rentenbank wird — ebenso wie der Privatwirtschaft — dem Reich ein Kredit von 1,2 Milliarden Rentenmark zur Verfügung gestellt. Er dient zur Finanzierung des Reichsbedarfs bis zur endgültigen Volancierung der Reichsausgaben und -einnahmen. Die Papiermark wird dadurch infolgedessen einen Halt bekommen, als vom Erscheinen der Rentenmark ab der Neudruck von Papiermarknoten unterbunden und die Inanspruchnahme von Papiermarkkrediten seitens des Reiches bei der Reichsbank verboten wird. Dreihundert Millionen Rentenmark, welche die Rentenbank dem Reich zinslos darleiht, finden zur Einlösung der bis jetzt bei der Reichsbank diskontierten Papiermark-Schapanweisungen Verwendung. Den Besitzern von Papiermark wird Gelegenheit gegeben, vorhandene Markbestände zu festem Kurs in eine besonders für diesen Zweck geschaffene neue Goldanleihe umzutauschen. Für eine Uebergangszeit wird eine gewisse Wertbeständigkeit des Zahlungsmittelumschlags in den Kauf genommen werden müssen. Der Mangel an wertbeständigem Gelde zwang zu gewissen Notbehelfen. Seit Wochen befinden sich, neben dem zum Teil ebenfalls als Zahlungsmittel verwendeten Dollarschapanweisungen, die kleinen Stücke der wertbeständigen Anleihe des Reiches (Goldanleihe) mit ihren Zwischenscheinen im Verkehr, desgleichen das auf hinterlegte Goldanleihe basierte wertbeständige Notgeld der Gemeinden und industriellen Werke, der Eisenbahn usw. Das Nebeneinander dieser verschiedenen Geldarten wird aber in einiger Zeit zugunsten der Rentenmark als des alleinigen Umlaufmittels beseitigt werden.

Alles, was von Staats wegen und von Seiten der Wirtschaft getan werden konnte, um das neue Zahlungsmittel sachlich zu sichern und es vor dem Schicksal der Papiermark zu bewahren, ist geschehen. Die gesamte Wirtschaft hat, bei der inneren Konstitution und der Fundierung des Rentengeldes, ein sehr starkes eigenes Interesse daran, daß die Rentenmark stabil bleibt. Somit scheinen alle Vorbedingungen gegeben, daß wir in Kürze ein brauchbares, stabiles Zahlungsmittel haben werden, das einen bedeutenden Schritt nach vorwärts auf dem Wege zur Ordnung unseres Finanz- und Wirtschaftswesens bedeutet. Nur müssen wir uns darüber klar sein, daß die Schaffung einer Zwischensicherung, und sei sie noch so sehr vom Erfolg gekrönt, für sich allein nicht genügt, um uns aus der furchtbaren Not der Gegenwart herauszuführen. Wertbeständiges Geld steht eine wertbeständige Wirtschaft voraus. Und unsere Wirtschaft ist durch die schwerwiegenden Folgen des Krieges und der Nachkriegszeit so aus dem Gleichgewicht geraten, sie ist in solchem Grade produktionshemmenden und -schädigenden Einwirkungen ausgesetzt gewesen, daß hier, zugleich mit dem Versuch einer Währungsreform, die helfende Hand angelegt werden muß. Sinnlos wäre es, der Währungsreform zu Leibe gehen zu wollen, ohne zugleich alle Mittel anzuwenden, um den geschwächten Wirtschaftskörper der Gesundung entgegenzuführen. So betrachtet, stellt sich die Währungsreform — und auf dem Wege zu ihr bedeutet die Schaffung der Rentenmark eine wichtige Etappe — als ein Glied in einer Kette von wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen dar, die zunächst auf die Sanierung der Staatsfinanzen hinstreben. Oberstes Ziel ist dabei, die Einnahmen des Reiches zu erhöhen und die Ausgaben auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Die Steuern sind auf wertbeständige Grundlage gestellt worden, und mit aller Energie wird gegenwärtig das schwere Werk rigorosster Ausgabenbeschränkung durchgeführt mit dem Ziel, den Staatsbankrott ins

Gleichgewicht zu bringen. Aber dadurch allein kann der kranke Wirtschaftskörper nicht gehoben werden. Was ihm fehlt, ist ein neuer Bluteinflaß, ist erhöhte Produktivität und Rentabilität auf allen Gebieten der Wirtschaft. Selbst eine zu einem erheblichen Teil auf Goldbasis gestellte Währung wird auf die Dauer, wie das Beispiel mancher Länder wahr, nicht zu halten sein, wenn dieses Geld nicht durch die Produktion des Landes gedeckt ist. Wenn, wie in Deutschland, die Erzeugung in allen Zweigen der Wirtschaft dauernd geringer wird, wenn die ursprünglich vorhandene Rentabilität der Volkswirtschaft in ihr Gegenteil verkehrt wird, wenn keine Goldwerte, keine Devisen, kein lohnender Ertrag herausgewirtschaftet werden kann, so wird auf die Dauer auch das bestmögliche Geld an Wert einbüßen, und wir werden wohl oder übel in den alten Fehlerzirkel hineingerissen werden, aus dem wir uns jetzt unter größter Kraftanstrengung zu befreien suchen. Alle Versuche also, den Staatshaushalt und die Finanzen zu sanieren und zu einer festen Währung zu kommen, werden so lange nicht zu einem vollen Erfolg führen können, als es nicht gelungen ist, die deutsche Wirtschaft im ganzen produktiv zu gestalten. Die Gütererzeugung auf das Höchstmögliche der Zeit Erreichbaren zu steigern und gleichzeitig eine Verbilligung der deutschen Produktion anzustreben, die uns auf dem Weltmarkt die verlorene Konkurrenzfähigkeit wieder einbringt, ist die erste Voraussetzung, um zu einer wirklich wertbeständigen Währung zu kommen.

Beamtenfragen.

Berlin, 11. Dez. Das Reichskabinett beriet am Montag über die Beamtenbesoldung, und zwar die Neuregelung auf Grund des bekannten Vorschlags des Finanzministeriums, bei dem die Beamtengeschäfte in Gruppe I mit einem Monatsgehalt von 47,50 Mk. beginnen, erst in Gruppe VII mit 115 Mk. monatlich Anfangsgehalt die Hundertmarkgrenze überschreiten und mit Gruppe XIII bei 412,50 Mk. Höchstgehalt im Monat endigen. Diese Vorlage wurde durch das Kabinett zum Ausschuss erhoben. Der Ueberwachungsausschuss des Reichstags wird sich mit dieser Angelegenheit nicht beschäftigen, da die Besoldungsordnung nicht unter das Ermächtigungsgesetz fällt. Dagegen wird sich der Ausschuss in seiner Sitzung mit einigen Entwürfen des Kabinetts beschäftigen, die sich auf den Beamtenabbau und auf die Steuerfragen beziehen.

Am Montag haben im Innenministerium auch weitere Verhandlungen zwischen der Regierung und den Beamtenverbänden stattgefunden, in denen die Arbeitszeitverlängerung zur Erörterung stand. Es ist in diesen Verhandlungen zu einer Einigung nicht gekommen. Die Regierungsvertreter lehnten zunächst den schriftlich geäußerten Wunsch der Beamtenverbände ab, die Arbeitszeitverlängerung zusammen mit der Personalabbauverordnung und der Besoldungsneuregelung zu verhandeln, da über die Gehaltsfestsetzung die Entscheidung bereits gefallen sei. Es wurde betont, daß die Besoldung der Beamten entgegenzukommen bereit sei, da die neue Arbeitszeit nur vorläufig auf zwei, höchstens drei Jahre durchgeführt werden solle, um eine Gesundung der Finanzen zu fördern. Der Beamtenabbau sei nötig, und da nun einmal die laufende Arbeit erledigt werden müsse, sei es Pflicht jedes Beamten in seiner Eigenschaft als Staatsbürger, Opfer auf sich zu nehmen und durch erhöhte Arbeitsleistung dazu beizutragen, daß Deutschland wieder gesunde. Der Beamtenabbau bedinge eine erhöhte Arbeitsleistung jedes einzelnen. Die Beamtenvertreter äußerten die Ansicht, daß man in Beamtenkreisen im allgemeinen wohl mit einer Erhöhung der Arbeitsleistung einverstanden sei, wenn in der Frage des Personalabbaus Entgegenkommen gezeigt würde. Sollten die Verbände den vorgeschlagenen Bestimmungen beipflichten, so würden sie damit selbst für den Beamtenabbau eintreten. Das könne aber von ihnen nicht verlangt werden. In der vorliegenden Form sei es den Gewerkschaften auch nicht möglich, die Arbeitszeitverlängerung ihren Mitgliedern zur Annahme zu empfehlen. Auch die Teilung der Dienststunden sei für weite Kreise der Beamtenschaft undurchführbar, denn alle die Beamten, die sich auf frühere Besprechungen der Regierung hin in der Umgebung von Großstädten angelehnt hätten, ständen jetzt vor der Wahl, entweder ihre Stellung oder den Dienst aufzugeben, da es ihnen unmöglich sei, bei der geteilten Dienstzeit in der Mittagspause ihr Heim zu erreichen. Die Verhandlungen wurden schließlich ergebnislos ab-

gedrohen. Im weitesten Sinne ist es, als ob auch die Regelung der Beamtengehälter doch noch ernsthaften Widerständen begegnet werde.

München, 11. Dez. Im bayerischen „Staatsanzeiger“ wird eine Bekanntmachung sämtlicher Ministerien über die erhöhte Arbeitszeit der Beamten veröffentlicht. Es heißt darin, daß die Arbeitsleistung der Beamten und Angestellten so weit als möglich gesteigert und der Grundsatz, daß die 48stündige wöchentliche Dienstzeit nur die Mindestdienstzeit darstelle, entschieden durchzuführen sei. Soweit es die dienstlichen Bedürfnisse erfordern, sei der Beamte verpflichtet, über die festgesetzten Dienststunden hinaus zu arbeiten, ohne daß hierfür eine besondere Entschädigung gewährt wird. Dienstbereitschaft stehe auch, soweit sie in Diensträumen zu leisten sei, der tatsächlichen Dienstleistung nicht gleich, sei vielmehr auf eine längere, in der Regel auf die anderthalbfache Dauer der ordentlichen Dienstzeit zu erstrecken. Auch am Samstagmittagen soll Dienst geleistet werden. Ueber 54 Stunden hinaus soll jedoch die Arbeitszeit nur vorübergehend bei besonderer Inanspruchnahme der Behörden erstreckt werden.

Neues vom Tage.

Berlin-München.

Berlin, 11. Dez. Der Gesandte des Reiches in München, Herr von Daniel, hat in den letzten Tagen in Berlin mit dem Reichskanzler Besprechungen über eine endgültige Regelung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Berlin und München gehabt. Man nimmt an, daß endgültige Vereinbarungen zwischen Berlin und München schon in der nächsten Zeit getroffen werden können.

Englisch-französische Einigung über die Reparationsfrage?

London, 11. Dez. In hiesigen, der amerikanischen Botschaft nachstehenden Kreisen wird mit Bestimmtheit behauptet, daß kurz vor den Wahlen in England in geheimen Besprechungen zwischen der englischen und französischen Regierung eine Einigung über die Reparations- und Ruhrfrage erzielt worden sei, deren folgende 10 Klauseln paraphrasiert worden seien: 1. Die Ruhrkapitation muß in ein einfaches System finanzieller und wirtschaftlicher Kontrolle unter Teilnahme Englands umgewandelt werden. 2. Diese Kontrolle muß mit dem Einverständnis der Berliner Regierung als das geeignetste Mittel zur Wiederherstellung der deutschen Finanzen und der deutschen Währung schrittweise auch auf andere Gebiete Deutschlands ausgedehnt werden. 3. Frankreich muß jede Unterstüßung der rheinischen Separatisten fallen lassen; aber mit Belgien und England gemeinsam die Autonomie der Rheinlande im Rahmen des Reiches garantieren. 4. Die militärische Besetzung des Rheinlandes soll aufrecht erhalten bleiben. Das Hauptkontingent der Besatzungstruppen soll Frankreich unter Verantwortlichkeit dem Völkerbund gegenüber stellen. 5. Die Militärten werden gegen jeden deutschen Angriffsversuch sofort gemeinschaftlich einschreiten. 6. Frankreich verzichtet formell auf jede Absicht, das Rheinland zu annektieren. 7. Frankreich und England werden eine militärische Flotte- und Luftallianz eingehen. 8. Im Falle einer Weiterregierung Baldwin's wird zwischen England und Frankreich ein Sonderhandelsvertrag mit besonderer Berücksichtigung der Röhle abgeschlossen. 9. Die gesamte Reparationsverpflichtung Deutschlands wird auf 20 Milliarden Goldmark reduziert, woraus die Entschädigungen für Frankreich, Belgien, Serbien und Italien, sowie ein genügendes Coefficient der britischen Schulden an Amerika gedeckt werden sollen. 10. Beide Mächte verpflichten sich zu einer gemeinsamen Politik der Verständigung mit Bezug auf alle kontinentalen Fragen.

Verleihen Republik?

Paris, 11. Dez. Nach der „Chicago Tribune“ soll die Proklamierung der Republik in Teheran erfolgt sein. Die republikanische Bewegung soll auf immer weitere Teile des Landes übergreifen, so daß der Thron ernstlich gefährdet ist. Habas bestätigt, daß der ehemalige Schah, der sich lange in Konstantinopel aufgehalten habe, nach Paris gereist sei, um mit dem derzeitigen Schah die Lage zu besprechen.

Schulhaftgesetz und Ausnahmezustand.

Berlin, 11. Dez. Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Dienstag mit einem sozialdemokratischen Antrag, welcher wünscht, daß das Schulhaftgesetz nachträglich in die Verordnung des Reichspräsidenten über den Ausnahmezustand aufgenommen werde und daß Jugendliche nicht vor die außerordentlichen Gerichte gestellt, sondern vor die ordentlichen Jugendgerichte gestellt werden. Die Regierung erklärt sich bereit, der Frage näher zu treten. Die Demokraten unterstützen den Antrag. Der sozialdemokratische Antrag auf Verschärfung des Schulhaftgesetzes in der Verordnung des Reichspräsidenten wurde fast einstimmig angenommen, dagegen wurde ein kommunistischer Antrag, der sich gegen die Auflösung der kommunistischen Partei richtete, abgelehnt.

Die Umstellung des Postverkehrs.

Berlin, 11. Dez. Am 15. Dezember tritt die Umstellung des Postverkehrs auf werblichgebundener Grundlage ein. Es wird ein Postanweisungverkehr in Papiergeld daneben her laufen. Im besetzten Gebiet dürfte eine Sonderregelung stattfinden und zwar dergestalt, daß dort Reichspopergeld einbezahlt werden kann und werblich gebundener Verkehr zur Anrechnung und im unbefetzten Gebiet werblich gebundener Verkehr zur Auszahlung kommt. Einzahlungen mit dem bisherigen Notgeld im besetzten Gebiet kommt nicht in Frage, doch dürfte das bis zum 20. Dezember zur Ausgabe kommende werblich gebundene Rhein- und Ruhrgebiet auch im Postverkehr angenommen werden.

Der Beamtenabbau vor dem Ueberwachungsanschuß.

Berlin, 11. Dez. Der Ueberwachungsanschuß des Reichstages (Iber-Ausschuß), der bei allen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ergehenden Verordnungen von der Regierung vorher gehört werden soll, trat zu seiner ersten Sitzung zusammen und beriet in Gemeinschaft mit Regierungsvertretern die Beamtenabbauverordnung. Der Finanzminister Dr. Luther gab eine ausführliche Darstellung der katastrophalen Finanzlage des Reiches. Darauf nahmen die Parteivertreter zu den Richtlinien des Beamtenabbaus ausführlich Stellung.

Weiter beriet der Ausschuß über die Rheinlandfrage. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Wohl aber wird das Reichsministerium auf Grund dieser Aussprache wichtige Entscheidungen in der Rheinlandfrage treffen.

Die Haltung der Sozialdemokratie.

Berlin, 11. Dez. Die Berliner Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsfunktionäre nahmen mit überreicher Mehrheit eine Entschliebung an, in der die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu dem zweiten Ermächtigungsgesetz verurteilt wird.

Die Wiederaufnahme des Verkehrs im Oberrhein-Gebiet.

Rehl, 11. Dez. In einer Besprechung zwischen deutschen und französischen Vertretern wurde bezüglich der Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs über Oberrhein beschlossen, auf allen Strecken im Gebiet des Präsidentenposten Rehl am Donnerstag, den 13. Dezember, den Personenverkehr mit den vereinbarten Einschränkungen wieder aufzunehmen. Das Eisenbahnpersonal hat, soweit notwendig, bereits am Dienstag den Dienst wieder aufgenommen, um die

Und plötzlich wirt er mit einer wilden Geberde die ganze Glutpfanne in den Stallwinkel, wo das Stroh trocken und hochaufgeschichtet lagert.

Dann rennt er hinaus, zurück in die anderen Ställe, macht das Vieh von den Ketten los und öffnet ihm weit die Stalltüren.

Lieber das Feuer, als fremde Hände... Ein Kalb, das sich nicht vom Fleck rühren will, führt er am Strick ins Freie, macht es los und wirft sich den Strick über die Achsel.

Zuletzt eilt er ins Haus. In einem Verschlag liegen Besenackeln. Er zündet eine an und wirft sie in die Holzlege, die Haus und Pferdgestall verbindet. Brennt es erst dort, dann steht auch im Ru das schindelgedeckte Hausdach in Flammen. Die anderen nimmt er mit sich hinaus. Die braucht er noch... Der Wald, der schöne alte Wald... keine Art soll drant! Kocht ist er nicht bezahlt, gottlos... Verbauerngut ist alles noch. Geschädigt werden nur die, die sich dran verdingt haben...

Einen Augenblick bleibt er in dem dämmernden Hof stehen, ein ires Näschen um die schmalen Lippen, Verzweiflung und Genugtuung im Blick. Leise heft's zu knistern an da und dort. Aus dem Pferdgestall leuchtet schon ein heller Schein. Unwillkürlich denkt er an das lockende Licht, von dem der Groß-Reicher oft spricht und dem sie zugelaufen sind, die Seinen. Jetzt hat er ihnen auch ein Licht angezündet... Da drin sollen sie sich jetzt ihr Stübel suchen, in das sie sich so warm gebettet glauben! Dann eilt er hastig fort. Ueber der Schulter noch der Strick, die Besenackeln, unter dem Arm...

Der Groß-Reicher ist an diesem Nachmittag, der frostig und klar war, über die Höfen nach seinem Wald im Dickgraben gegangen. Markt hat gestern dort die Stämme bezeichnet, die ausgeforstet werden sollen, das will er sich anschauen.

Während er in Gedanken versunken mit großen, weit-ausgehenden Schritten den verschneiten Weg abwärts

Wiedererkennungen zur Wiederaufnahme des Verkehrs in treffen. Ueber die Wiederaufnahme des Güterverkehrs wird später eine Bekanntmachung erlassen. Die Besatzung der französischen Regle zwischen Offenburg und Rehl verkehren nur noch bis Dienstag abend.

Zur englischen Krise.

London, 11. Dez. Die Londoner Presse ist sehr nahezu einmütig der Auffassung, daß die Regierung Baldwin vorläufig im Amt bleiben und sich jedenfalls am 8. Januar dem Parlament vorstellen werde. Die liberalen Blätter sehen indes in den Sturz der Regierung durch das Parlament voraus.

Aus Stadt und Land.

Altenteig, 19. Dezember 1920.

* Die Aufhebung der Verkehrsperre in Offenburg. Die Verkehrsperre über Offenburg wird in der Nacht vom 12./13. Dezember aufgehoben. Es werden deshalb die Umleitungszüge 386 und 387 (Wälzge Wagen-Billingen-Pforzheim-Rannheim) und umgekehrt) letztmals am heutigen 12. Dezember verkehren. Die Schnellzüge 281 und 283 (Wagen-Billingen-Pforzheim-Frankfurt a. M. und umgekehrt) werden letztmals in der Nacht vom 12./13. Dezember ausgeführt. Auch die sonstigen Züge, die nur für die Zeit der Verkehrsperre vorgesehen und im Fahrplan gekennzeichnet sind, fallen aus, mit Ausnahme der D-Züge 277 (Stuttgart ab 2.33) und 278 (Stuttgart an 2.38) welche noch bis einschließl. 18. Dezember verkehren. Durch die Aufhebung der Verkehrsperre in Offenburg verliert die Nagoldtalbahn, wie zu erwarten war, erheblich und verschlechtert auch die Verkehrsmöglichkeiten mit unserer Nebenbahn Nagold-Altenteig.

Zur Mietzinsbildung wird aus Berlin gemeldet: Durch falsche Informationen von offenbar nicht zuständiger Stelle sind in die Presse einseitige Darstellungen über die künftige Gestaltung der Mietzinsbildung gelangt. Diesen Darstellungen gegenüber wird folgendes festgestellt: Die Reichsregierung hat sich zur Zeit über die Gestaltung der Mietzinsregelung noch nicht entschieden. Es kann im Augenblick nur soviel gesagt werden: Eine allmähliche Steigerung der Mieten muß selbstverständlich nach Zeit und Höhe wirtschaftlich tragbar sein. Dabei muß darauf geachtet werden, daß die Instandhaltung des Hausbestandes gewährleistet wird, sowie daß die Mieten zur Deckung der Betriebs- und Verwaltungskosten einschließlich der Vergütung des vom Hauseigentümer investierten Kapitals ausreichen. Andererseits ist jeder Mietaufschlag, der durch die Mietensteigerung in Verbindung mit der Erwertung der auf dem Hausbestände liegenden dinglichen Lasten, dem Hauseigentümer zugehen würde, der öffentlichen Hand zugute zu kommen.

L.C. Der neue Erzeugerpreis. Nachdem die Verhandlungen mit den Städten ergebnislos verlaufen waren, haben sich die landwirtschaftlichen Organisationen direkt an das Reichsministerium gewandt. Nach längerem Hin und Her haben sie sich nun mit einem Erzeugerpreis von 17% gegen den vorerst zufriedengegeben und zwar unter der Bedingung, daß der neue Preis bereits ab Mittwoch, 12. Dezember, in Kraft tritt und für den ganzen Rest des Monats gilt, und weiterhin, daß die Städte ihren bisherigen Verkaufspreis beibehalten.

- Einkunde Steuerzahlung. Die vom Statistischen Amt der Stadt Stuttgart ermittelte Reichsteuerzahlung nach den Bedarfsverhältnissen einer dörflichen Familie ohne Bekleidung berechnet sich für 10. Dezember zu 115,15 G.M., gegenüber 132,4 G.M. am 1. Dezember.

- Frostwetter? Der diesjährige November zeigte recht anhaltende Konstanz der Witterung in starker Relation zu Frostperioden. Die aufgetretenen Kälte-

geht, sieht er plötzlich ein Stück vor sich eine hagere Gestalt quer über den Jahrdweg eilen und den steileren freien Fußsteig verfolgen, der gegen des Verbauers Buchenschlag zu führt. Verwundert bleibt er stehen und legt die Hand über die Augen, um besser sehen zu können. Der Mensch, welcher sich durch den Schnee dort aufwärts arbeitet, hat etwas Scheines, Unheimliches und sieht weder rechts noch links. Des Groß-Reichers Verwunderung wächst, als er jetzt Hans am Gang und Bewegungen erkennt.

Was will denn der jetzt oben im Wald, wo's schon dunkel wird? Am Ende gar über die Höhe hin, sich heimlich auf den Tullnerstadel schleichen, um der Dirn wieder was in den Kopf zu setzen?

„Wär' nit schlecht“, murmelt der Bauer, „haben alle zwei oben so schon genug Nürrisheit im Kopf, die Weibleute. Aber neugierig tu's mich, wohin er will.“ Und entschlossen macht der Bauer kehrt. Kein Tritt ist zu hören, der Schnee verschluckt jeden Laut. So geht's eine Weile aufwärts, bis der Groß-Reicher plötzlich stehen bleibt und in wortlosem Entsetzen auf das starrt, was er sieht.

Da huscht Hans zwischen den Bäumen hin, reißt dicke Äste herab und schichtet um eine der größten und mächtigsten Buchen einen Wall von Holz, Reisig und unter dem Schnee hervorgezeichnetem bärenm. Ein an den Stamm gelehnte Fackel beleuchtet sein Tun. Junghe Bäume, die da und dort zwischen dem Randholz wachsen, holt er herbei und steckt in den Wall Besenackeln, die er anzündet. Fast lindlich sieht dies Gebahren aus und doch überläßt's den Groß-Reicher, last dabei. Wo soll das hinaus?

rote Flammen- und qualmender Rauch winden sich träge empor. Das Holz ist feucht und die Schneeschicht am Boden strömt zuviel Feuchtigkeit aus. Aber ehe die Fackeln ganz verbrannt sind, wird auch der Holzwall in Flammen stehen und dann wohl gar auch der Wald? Ist der Bus denn nützlich worden?

(Fortsetzung folgt.)

Das lockende Licht.

Roman von Erich Ebenstein.

(46)

(Nachdruck verboten.)

„... du dir's noch“, murmelt Hans, „zum Abschied tu ich dir's noch geben, die Heiligdreifönigsweihl... ohne Segen lassen — hell könnt ich nit verwenden.“ Beherstigt von dem ihm plötzlich aufgestiegenen Gedanken holt er die Besenackeln vom Dachboden, legt Holzkohlen darauf und als die Glut bereit ist, schüttelt er Weihwasser darüber. Um und um sprengt er alles mit Weihwasser an. Bewissenhaft, wie er's bislang von dem Vater gesehen, macht er die Kreidebeizegen auf Betten und Türen und ruft Gottes Segen herab auf Haus und Hof und Vieh.

Dann geht er mit Weihwasser, Glutpfanne und Kreide nach den Ställen. Es ist etwas Verwirrtes, Nachtwanderliches in seinem Tun. Groß und erkannt äugen die Kähe mit ihren leuchtenden, samtarigen Augen nach ihm herüber. Der Stier im Ochsenstall scharrt ungeduldig die Streu auf und zerrt an der Kette. Hans lächelt ihm mit ledig zu. „Mein lieber Jodel... wenn du's halt wissen und verstehen könntest...“ murmelt er bebend.

Auch in den Pferdgestall geht er, wiewohl der leer steht, seit die Braunen verkauft sind. Dort fällt ihm ein Stück Glut von der Pfanne. Das feuchte Stroh beginnt zu glimmen. Verloren starrt Hans darauf nieder. Das Stroh glimmt weiter, er rührt sich nicht. Etwas Wespanntes ist in seine Ritze getreten. Ganz leise glimmt auch in seinem Kopf ein neuer Gedanke auf... Das Stück Glut, wenn's der Herrgott selber mit Absicht hätte von der Pfanne ins Stroh fallen lassen? Vielleicht hat ihn der selige Vater darum gebeten... „Laf' eine fremden Vent' hinein ins Haus!“ Wenn's niederbrennet, könnt man kein Stall daraus machen... nützlich war's, ein Haus zu segnen, aus dem andere einen Mist machen wollten...

grade haben zwar noch keine extremen Werte erreicht, immerhin haben sie bewirkt, daß das Monatsmittel der Novembertemperatur bereits unter dem Normalmittel liegt. Da der Novembertemperatur gewisse prognostische Bedeutung für die nachfolgenden Wintermonate zukommt, ergibt sich die Ansicht, daß der diesjährige Winter häufigere Frostperioden aufweisen wird. Diese Ansicht verstärkt sich für die nächste Zeit durch die Entwicklung der Witterungsverhältnisse im europäischen Rußland. Die Luftdruckverteilung hat in Nordrußland durchaus eine Form angenommen, wie sie strengen russischen Wintern eigen ist. Für unser anfallendes Gebiet bleibt in der Folgezeit dieses russische Gebiet hohen Luftdrucks eine dauernde Bedrohung. Es verhindert einmal, daß die westlichen atlantischen Tiefdruckwirbel nach Osten durchdrängen können und hierdurch von allgemein durchgreifender Erwärmung begleitet sind, andererseits besteht leicht die Möglichkeit eines kräftigen Vorstoßes des russischen Hochs nach Westen. Dieses bedeutet für uns sofort das Eintreten winterlicher Kälte. Es besteht durchaus unter den gegenwärtigen Witterungsverhältnissen die Möglichkeit, daß im Verlauf der nächsten Woche ein derartiger Vorstoß einsetzt und uns eine neue Periode anhaltenden Frostes bringt.

Preisbildung für Tabakfabrikate. Vom Zentralsverband Deutscher Großhändler der Tabakbranche wird u. a. geschrieben: Wenn in anderen Branchen augenblicklich die Möglichkeit zu einer Herabsetzung der Preise gegeben ist, so liegen die Voraussetzungen hierfür im Tabakgewerbe zurzeit noch nicht vor. Es ist der Preisentfall nur zu wenig bekannt, doch für das Tabakgewerbe durch Verordnung vom 30. Oktober 1923 ab 1. Dezember 1923 eine Goldsteuer eingeführt worden ist. Diese Tatsache wird sich trotz Stabilisierung der Wirtschaftslage und Einführung werbender Werbemittel in einer weiteren Erhöhung der Grundpreise für Tabakfabrikate auswirken, weil jetzt die Tabakergewinnste mit den vollen, hohen Steuern (bei der Zigarette beispielsweise 40 Prozent des Kleinverkaufspreises) getroffen werden.

Rechtslehre, 10. Dez. (Ehrenvolle Auszeichnung.) Der Senat der Technischen Hochschule hat dem Fabrikanten P. F. in Pforzheim wegen seiner bahnbrechenden Entdeckungen auf dem Gebiete der Pforzheimer Industrie wie auch wegen seiner Verdienste um die Hebung des heimischen Berufsstandes und um die Wissenschaft die akademische Würde eines Ehrendoktors verliehen. Herr F. ist der Hauptaktionär des Reibulacher Bergwerksbetriebs, Süddeutsche Wismut- und Kupferwerke A. G. Pforzheim. Wie aus dem der Ehrenurkunde beigegebenen Schreiben zu ersehen ist, hatte Herr F. vor 1 1/2 Jahren, als die Bergbaugesellschaft mit großen technischen und finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, nicht nur seine technischen Fähigkeiten wie finanzielle Unterstützung angebotene lassen, wodurch in verhältnismäßig kurzer Zeit das Werk einen solchen Aufschwung erfuhr, daß es einer großen Anzahl von Menschen Arbeit und Verdienst brachte und jetzt die Wismutproduktion Deutschlands weit überstiegen hat.

Stuttgart, 11. Dez. (Arbeitsmarkt.) Die Zahl der Unterstützung beziehenden Erwerbslosen im Stadtgemeindebezirk Stuttgart betrug am 4. Dezember 6530 männliche und 689 weibliche, zusammen 7219 Personen. Seit dem 16. November ergibt sich bei den Männern eine Zunahme von 930 Personen, bei den Frauen um 103 Personen.

Weihnachtsmesse. Die Stuttgarter Weihnachtsmesse beginnt am Montag, 17. Dezember, und dauert bis Montag, 24. Dezember. Städtische Verkaufsbuden kommen neuer nicht zur Aufstellung; es werden vielmehr nur offene Käse zum Aufbau eigener Stände der Verkäufer vergeben. Die Messe ist auf die drei Tage vom 19.—21. Dezember beschränkt und findet wieder in der Gewerbehalle statt.

Preisabbau. Die Brotpreise sind abermals ermäßigt worden. Verjüngtes Brot kostet jetzt 33 Pfg. der Laib, 75proz. Schwarzbrot 38 Pfg., Weißbrot 48 Pfg., ein Doppelweiden 7 Pfg. — Die württembergischen Brauereien haben den Ausschankpreis für das 0,2 Liter Glas Lagerbier auf 14 Pfg., Spezialbier auf 18 Pfg. herabgesetzt.

Großer Prozeß. Vor dem hiesigen Schwurgericht begann heute früh der Prozeß gegen 16 Bauern aus dem Bezirk Winnenden, die im letzten Frühjahr bei den bekannten Vorgängen dem Vorgehen der Wucherpolizei Widerstand leisteten. In dem Prozeß, der mehrere Tage dauern dürfte, sind 50 Zeugen geladen. Es handelt sich um die bekannten Vorgänge anlässlich eines Viehmarktes in Winnenden, wo das Rathaus gestürmt werden sollte.

Um das Offenhalten der Läden. Von der Wucherpolizei erhielten vor einiger Zeit sieben Metzgermeister von Stuttgart und Vororten wegen Warenzurückhaltung und Nichtoffenhaltung von Metzgerläden Strafbefehle über Gefängnisstrafen bis zu 10 Tagen und Geldstrafen bis zu 5 Millionen Mark im Einzelfall. Die Metzger erhoben Einspruch beim Schwurgericht, das in der Verhandlung alle sieben Angeklagten von der Verschärfung der Gewinnminderungen Warenzurückhaltung freisprach und nur zwei Metzgermeister wegen Nichtoffenhaltung ihrer Läden zu der Geldstrafe von je 20 Goldmark verurteilte.

Gefrierfleisch. Das Befreiungskommando teilt mit, daß es im Einvernehmen mit dem Stuttgarter Lebensmittelamt gelungen ist, größere Mengen besten argentinischen Gefrierfleischs durch eine Großfirma zu billigen Preis auf den Markt zu bringen. Das Gefrierfleisch wird jetzt in den Stuttgarter Metzgereien um 60 Pfg. das Pfund an die Verbraucher abgegeben.

Hohenheim, 11. Dez. (Besuch der landw. Hochschule.) An der landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim sind im Winterhalbjahr 1923/24 798 Studierende, darunter 14 weibliche, eingeschrieben. Außerdem

nehmen 19 Gasthörer und 7 Gasthörerinnen am Unterricht teil.

Hall, 11. Dez. (Lebensmüde.) Ein 16-jähriger Lehrling hat sich von der Eisenbahnbrücke unterhalb der Tullauer Höhe herabgestürzt und war tot. Er hatte sich zuvor schon selbst einige Verwundungen beigebracht. Die Beweggründe zu der Tat sind noch nicht aufgeklärt.

Wilbad, 11. Dez. (In den Ruhestand.) Volkswirtschaftlicher Rat von Gemmingen ist auf 1. Dezember in den Ruhestand getreten. Er wird auch fernerehin seinen Wohnsitz in Wilbad nehmen.

Obernberg a. N., 11. Dez. (Wohnungsbaubau.) Die von der hiesigen Bauingenieurgesellschaft in Angriff genommenen 34 Wohnungen sind jetzt fertiggestellt und von den Anwohnern dieser Tage bezogen worden.

Frendenstadt, 11. Dez. (Heberfallen.) Auf der Straße nach Igelsberg wurden zwei junge Mädchen bei Einbruch der Dunkelheit unter Jägersberg überfallen und belästigt. Der Täter konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden.

Vom Bodensee, 11. Dez. (Schmuggler.) Einem sehr „ruhigen“ Schmuggler hat man in Lindau das Handwerk gelegt. Der Dreher Heilmann hatte von dort aus umfangreiche Käsehandlungen nach Österreich betriebl. und nebenher einen großen Devisenhandel betrieben. Es wurden etwa 80.000 Kronen bei ihm beschlagnahmt und er selbst in Haft genommen.

Konstanz, 11. Dez. (Abtreibungsprozeß.) Vor der Strafammer hat sich ein umfangreicher Abtreibungsprozeß abgepielt. Der verheiratete Maschinenarbeiter Hermann Bonmann von Bilingen erschien mit 20 Mitangeklagten vor dem Strafgericht. Acht männliche und zwölf weibliche Angeklagte wurden nach einjähriger Verbannung zu Gefängnisstrafen von 1 1/2 Jahren bis herab zu zwei Monaten verurteilt; ein Angeklagter wurde freigesprochen. Den am schwersten bestraften Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Die Goldnoten. In der Betriebsrätsitzung der Reichsbank wurde über die Vorbereitung neuer Reichsbanknoten auf der Grundlage der reinen Golddeckung. Mit ihrer Ausgabe und damit mit dem Übergang zur Goldmarkwährung sei schon vom 1. April an zu rechnen.

Der Staatssekretär für die besetzten Gebiete. Das Kabinett wird wahrscheinlich sich dahin entscheiden, daß der bisherige Leiter des Rhein-Ruhr-Kommissariats, Oberbürgermeister Schmidt, zum Staatssekretär im Ministerium für die besetzten Gebiete ernannt wird.

Die Reife Adalg Alexanders nach Paris. Die „Tribüne“ verzeichnet eine Meldung des Belgrader Korrespondenten der „Tribüne“ über den Ansehenshaft des serbischen Königs Alexander in Paris. Es handle sich um meine Reise politischen Charakters, in deren Verlauf nicht nur Aufträge für die Bewaffnung von Südserbien auf Grund des von Frankreich zu gewährenden Kredits bei den französischen Industriellen gegeben, sondern auch die Haltung Belgrads gegenüber Rußland festgelegt werden sollte.

Die Einwanderung nach Sowjetrußland. In Pankow bei Berlin hat der Kommissar Johann Döhler seine Ehefrau und seine beiden erwachsenen Töchter erschossen und sich dann selbst getötet. Die Gründe lagen in der Dienstentlassung und in einem gegen ihn eröffneten Disziplinarverfahren. — Wie die „Magdeburgerische Ztg.“ aus Dessau meldet, hat in dem benachbarten Orte Kleinich die Frau des Landwirts Gustav Schmidt ihren Ehemann mit einem Hammer getötet. Sie gibt an, in der Notwehr gehandelt zu haben.

Die Einwanderung nach Sowjetrußland. Soll für landwirtschaftliche Arbeiter und Sachverständige erleichtert werden. Bei Industriearbeitern dagegen soll die Einwanderung auf Spezialarbeiter beschränkt werden. Ein Gesuch, mit 850 Deutschen eine Ansiedlung in Rußland zu gründen und dazu 100.000 Desjatinen Land zu pachten, wurde russischerseits genehmigt.

Handel und Verkehr.

Amkl. Berliner Devisenkurse vom Dienstag, 11. Dez.: (Die Notierungen sind in Milliarden M. zu lesen.)

1 Dollar: Berlin 4189,500 G., 4210,500 Br.
1 Goldmark: Briestkurs Berlin 1002,5.
Mittelkurs 1000,0.

Amsterdam 1596 G., 1604 Br.
Brüssel 193,515 G., 194,485 Br.
Christiana 626,43 G., 629,57 Br.
Kopenhagen 746,13 G., 748,87 Br.
Stockholm 1105,23 G., 1110,77 Br.
London 18 254,25 G., 18 345,75 Br.
Schweiz 730,17 G., 733,83 Br.
Italien 183,54 G., 184,46 Br.
Paris 223,44 G., 224,56 Br.
Spanien 546,63 G., 549,37 Br.
D. Oesterreich 0,059 850 G., 0,060 150 Br.
Prag 123,69 G., 124,31 Br.
Buenos Aires 1316,700 G., 1323 300 Br.
Goldanleihe 4200. Dollarkurs 4200.

Wirtschaftszahlen vom Dienstag:

Wertbeständiges Geld:

2,10 Goldmark	=	2100 Milliarden Papiermark
1,05 " "	=	1050 " "
0,42 " "	=	420 " "
0,21 " "	=	210 " "

Wertbeständiges Städtegeld:

1,00 Goldmark	=	1000 Milliarden Papiermark
0,50 " "	=	500 " "
0,20 " "	=	200 " "

Umrechnungsmaß für Steuern und Zölle (11. 12.) 1 Btl. Goldanleihepreis 1 Mio. = 640 Dollar.
Silberanleihepreis (vom 1. Dez. ab) 400 Ma.-sch.
Lebenshaltungsziffer (1. Dez.) 1515 Ma.-sch.
Stuttgarter Index (6. Dez.) 1337,4 Ma.-sch.
Großhandelsindex (4. Dez.) 1337,4 Ma.-sch.
Einfuhrwarenindex (4. Dez.) 1620 Ma.-sch.
Inlandswarenindex (4. Dez.) 1290,6 Ma.-sch.
Industrieindex (4. Dez.) 1561 Ma.-sch.
Buchdruckerzählerzahl (ab 30. Nov.) 63 Ma.

Amkl. Berliner Produktennotierungen vom 11. Dez.:

Weizen, märk. 170—171, matt; Roggen, märk. 150, matt; Sommergerste, 155—160, matt; Haber, märk. 131—134, flau, domn. und schlef. 130, flau, in Ostpreußen oder Rentenmarkt. Weizenmehl 28,5—31,5, matt; Roggenmehl 26,75—28,5, matt; Kleien 7,25 bis 7,75, stetig; Raps 330, still; Rüböl 48—54, 71, Speiseerbsen 30—32; Weisfahlen 18—19; Seralbala 1920 20—23; Trodenschneideln 8—8,25; volles Ruderfischöl 17—18; Karottenscheiben 18,5—19, in Goldanleihe oder Rentenmarkt.

Stuttgarter, 11. Dez. Dem Schlachtwiehmarkt am Dienstag waren zugeführt: 56 Ochsen, 10 Bullen, 60 Jungbullen, 60 Jungvinder, 83 Kühe, 492 Kälber, 458 Schweine, 80 Schafe. Unverkauft: 3 Ochsen, 12 Kühe und 70 Schweine. Markterfolg: langsam. Erlöse für 1 Pfd. Lebendgewicht, in Goldpfennigen: Ochsen erste Qualität 38—40, zweite 33—34, Bullen erste 31,32, zweite 25—30, Jungvinder erste 39—42, zweite 32—36, dritte 24—28, Kühe erste 30—35, zweite 26 bis 28, dritte 10—18, Kälber erste 51—54, zweite 47 bis 50, dritte 36, Schweine erste 92—95, zweite 84 bis 90, dritte 70—80, Hammel (geschl.) 58—64, Schafe 40—50.

Mannheim, 10. Dez. Die Zufuhr auf den Viehmarkt betrug: 162 Ochsen, 78 Bullen, 510 Kühe und Rinder, 252 Kälber, 89 Schafe, 162 Schweine. Preis pro Zentner Lebendgewicht in Goldmark, je nach Sorte: Ochsen 25—50, Bullen 34—46, Kühe 30 bis 52, gering genährtes Jungvieh 30—34, Kälber 40—60, Schafe 25—35, Lämmer 20—25, Schweine 78 bis 100. Markterfolg: Großvieh ruhig, nicht geräumt; Kälber mittelmäßig, ausverkauft; Schafe mittelmäßig, ausverkauft; Schweine mittelmäßig, Ueberstand.

Stuttgarter Monatspferdemarkt, 10. Dez. Auf dem Stuttgarter Monatspferdemarkt am Montag waren 210 Pferde zugeführt. Preis für leichte Pferde 100—200, mittlere 300—800, schwere 800—1800 G.M. Ausnahmeweise wurden 3000 G.M. erzielt. Marktbesuch gut; Handel zurückhaltend. Rasthof Markt: 14. Januar. — Auf dem Hundemarkt waren alle Rassen vertreten. U. a. waren zugeführt 102 große und 6 junge Hunde. Preise zwischen 4 und 25 G.M.

Häuteaktion Stuttgart, 11. Dez. Auf der hier abgehaltenen württ. Häuteaktion wurden folgende Preise (in Goldpfennigen für 1 Pfund) erzielt: Ochsen 20 bis 29 Pfd. 97,5, 30—40 Pfd. 93—97, 50—59 Pfd. 93—94, 60—79 Pfd. 89,5—95,5, 80 Pfd. und mehr 85 bis 92; Rinder 20—29 Pfd. 107,5, 30—49 Pfd. 107,5 bis 110,75, 50—59 Pfd. 90—97, 60—79 Pfd. 90,5 bis 94,5; Kühe 20—29 Pfd. —, 30—49 Pfd. 85,5—96,75, 50—59 Pfd. 82—89, 60—79 Pfd. 85—90,75; Ferkel 20—29 Pfd. 106,30—49 Pfd. 103—105,5, 50—59 Pfd. 80—85,5, 60—79 Pfd. 82,5—85, 80 Pfd. und höher 74,5. Korbb. Häute aller Gewicht 60, Kalbfelle unter 10 Pfd. 156—164, über 10 Pfd. 152—156; Fressfelle 107; Hammelfelle gefalzen 61—67, trocken 71.

Stuttgarter Marktpreise vom 11. Dez. Obst: Edeläpfel 20—22 (alles in Goldpfennigen), Tafeläpfel 15 bis 20, Tafelbirnen 15—25, Schinze 45, Dörrobweissen 45—50, Rüsse 100. Gemüse: Kraut 1,5—1,8, Kohlrab 8—10, Kohl 5—8, gelbe Rüben 4—8, rote Rüben 7—11, Zwiebeln 15—20, Schwarzwurzeln 40 bis 50, Bodenbohnen 1—3, Grünkohl 8—12, Spinat 20—25, Kartoffeln 5—6 das Pfd., Rettiche 3—8, Rosenkohl 10—28, Sellerie 4—18, Endivienfahat 4 bis 15 das Stk. Fette: Landbutter 260, Schweinefett 120, Margarine 95, Schmelzmargarine 100, Palm 100, Kokosfett 80—90, Speisefett 100, Rinderfett 100, geräucherter Speck 250, Fettgänse 130. Käse: Emmentaler 220, Schweizer 200, Käse 150, Rahm 175, Backflein 100. Sonstiges Mehl 25, Feigwaren 35—80, Gries 30, Haberfloeden 40, Reis 85, Erbsen 36, Bohnen 40, Linsen 40, Kunsthonig 80, Sauerkraut 10 das Pfd. Frische Eier kosteten 25, Kalkeler 20, Hedeier 15—18 das Stk.

*** Pfalzgrafensweiler, 12. Dez.** (Holzerlös.) Bei dem gestrigen Rodestammholzverkauf, bei welchem zusammen 322,51 Pfm. Fichten und Tannen mit einem Gesamtangebot von 7409,30 M. zum Verkauf kamen, betrug der Erlös 9866 M., 130,4 Proz. der Fortreise für 1924.

Letzte Nachrichten.

Der Kaufmann des Eisenbahnverkehrs im alt- und neu-besetzten rheinischen Gebiet.

W. A. M. A., 11. Nov. Im hiesigen Direktionsgebäude fanden Besprechungen mit den Beamten und der Regie statt. Man hofft, schon im Laufe dieser Woche alle technischen Fragen, u. a. die des Fahrplans und im besonderen die der Zugübernahme nach und von Kassel, Duisburg bzw. Düsseldorf, Bonn usw. zu regeln, sodass noch vor Weihnachten der Verkehr auf allen Strecken des alt- und neu-besetzten Gebietes wieder aufgenommen werden kann. Dies gilt freilich nur für die Personenzüge, während ein reibungsloser Güterverkehr infolge der Ungeklärtheit des fremden Personals noch lange auf sich warten lassen dürfte.

Wie die „Rheinische Zeitung“ meldet, ist die für heute erwartete Sitzung mit den Franzosen, von der man eine endgültige Entscheidung über den Eisenbahnverkehr in der von den Engländern besetzten Zone erwartete, von den Franzosen aus technischen Gründen verlagert worden. An der Sitzung sollten auch die Engländer teilnehmen. Ein neuer Zeitpunkt für die Verhandlungen wurde noch nicht festgesetzt.



**Reisenbüchlein, Reisenbüchlein und Eisenbahn in
Reisenmarkt.**

WZB. Berlin, 12. Dez. Die „Vossische Zeitung“ erzählt, daß bisher von der Reisenbank Reisenbüchlein noch nicht herausgegeben worden. Die ersten Bände werden erst in einigen Tagen ausgearbeitet sein. Die das Blatt weiter mitteilt, werden jetzt täglich 100 Millionen Mark Reisenbankcheine fertiggestellt. Die Cheine werden nach bestimmten Gebührensätzen über das ganze Reich an die Eisenbahnstellen verteilt. Ehe diese Verteilung nicht abgeschlossen ist, kann der Eisenverkehr in Reisenmarkt in der Provinz nicht er-
folgreich werden.

Günstiger Stellungnahme Amerikas.

WZB. Washington, 12. Dez. Vom Weissen Haus wird mitgeteilt, daß die Regierung die Teilnahme amerikanischer Sachverständiger an den Untersuchungskommissionen der Reparationskommissionen günstig ansieht. Es wird betont, daß während die Regierung selbst nicht in der Lage sei, offiziell an den Ausschüssen teilzunehmen, oder offizielle Vertreter dazu zu entsenden, die Teilnahme amerikanischer Wirtschafts-
sachverständiger oder privater Einzelpersonen gebilligt werden

würde. Die Tatsache, daß die Einladung an Amerika zur Teilnahme von allen alliierten Regierungen und ebenso von Deutschland unterstellt wird, wird als Bezeugung der Beachtung der Rechte als Voraussetzung für die Sicherung wirksamer amerikanischer Hilfe bestanden habe. Das amerikanische Interesse an der Untersuchung wird hier vornehmlich auf die Tatsache zurückgeführt, daß die amerikanische Regierung eine Hauptgläubigerin Deutschlands sei.

Amerikanisches Lebensmittelmittel.

WZB. Washington, 12. Dez. Im Anschluß an die gestrige Veröffentlichung eines Privatbriefes Hoover, in dem sich dieser für die Auflegung einer deutschen Lebensmittelanleihe im Betrag von 70 Millionen Dollar ausspricht, verkündet, daß die amerikanische Regierung die Hoffnung hegt, daß die Anleiheverhandlungen Erfolg haben mögen. Präsident Coolidge sei indessen der Ansicht, daß die Tätigkeit der privaten Hilfsleistung für die Bevölkerung Deutschlands fortgesetzt werden sollte. Es wird angenommen, daß etwa die Hälfte des Betrages der geplanten Anleihe für

Lebensmittelmittel in den Vereinigten Staaten verwendet werden soll.

Vom englischen Kabinett.

WZB. London, 12. Dez. Künftig wird mitgeteilt: Das Kabinett hat einstimmig entschieden, daß es nach der Verfassung seine Pflicht sei, das Parlament so bald wie möglich einzuberufen. Das Parlament tritt daher, wie fest-
gesetzt am 8. Januar zusammen.

Baldwin bleibt im Amt.

WZB. London, 11. Dez. Dem Reuterschen Büro zufolge verläutet, daß Baldwin im Amt bleiben werde, da er seitens seiner Ministerekollegen und des konservativen Partei das Besprechen der Unterstützung erhalten habe. Bis Reuters weiter meldet, trat das Kabinett heute Vormittag nach dem Wahlen einstimmig zusammen. Alle Minister waren anwesend. Das konservative Hauptquartier meldet, das Kabinett werde am Abend bleiben, bis es zum Rücktritt ge-
zwungen werde.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Bekanntmachung
betreffend
Beitragserhöhung in der Jubiläumsversicherung
ab 10. Dezember 1923.

Klasse	Wochenbeiträge	Wochenbeitrag
	bis zu	
44	11 540	190
45	16 150	250
46	23 080	360
47	34 510	520
48	46 150	740
49	57 700	940
50	mehr	1160.

NB. 1 = 1 Milliarde Mark.
Regeld, den 11. Dez. 1923. Versicherungskamt:
Stellv. Kaufmann: Herzl.

Schwarzwald-Drogerie Altensteig.

Ich verkaufe diese Woche:
Eiernudeln Pfund 70 Pfg.
Flammer-Kernseife 42 Pfg.
Christbaumkerzen das St 2,5 Pfg.
Gleiche Preise in meiner Filiale in Simmersfeld.
H. W. Gutkunst.

Landw. Bezirksverein Calw.

Auf Lager ist:
Rhenania-Phosphat 22 1/2 Proz. in Tütefäden,
Kalifalz, Iose,
Rainit, Iose,
Koch- u. Viehsalz.
Ausgabe Mittwochs und Samstags.
Fernsprecher 98. Die Geschäftsstelle.
Empfehle nächster Tage eintrufend:

Weißmehl

à 39 Goldmark per 100 kg. ferner

Torfmelasse

und Haber melasse zum billigsten Tagespreis

M. Schnierle, Altensteig.

Taschenfahrpläne

haben zu haben in der
W. Rieker'schen Buchhandlung

Zu dem Eingekandt

vom 8. Dezember, Nr. 260 des Blattes wird erwidert:

Das was der Bürger als Einsender über den Gemeinderat Heberberg vorbringt, ist lauter Ohrenbläserei, Gäh und lauthafte Kundgebung!
Es ist kaum glaubhaft, daß der Einsender heute noch in seinem so hochgradigen Wahnsinn und Delirium den Gemeinderat verleumden will, ohne denselben das geringste anhaben zu können.
Diese Bürger.

Für die Industrie

empfehle ich:

- Maschinen-Oel**
in verschiedenen Qual.
- Elektromot.-Oel**
- Automotoren-„**
- Boden-„**
- Schleif-„**
- Cons. Fett**
- Wagenfett**
in Küb. v. 2 1/2—20 kg
- Riemenfett**
in Stangen
- Putzwolle**
- Petroleum**
- Lederleim**
- Knochenleim**
- Wilh. Frey**
Engroß-Geschäft
Altensteig.

BREMEN



**AMERIKA
OSTASIEN
AUSTRALIEN**

Regelmäßiger Personen- und
Frachtdienst mit eigenen
Dampfern, Ankeramt vorzüg-
liche Unterbringung u. Verpfle-
gung für Reisende aller Klassen

Reisegepäck-
Versicherung

Nähere Auskunft durch
**NORDDEUTSCHER
LOYD
BREMEN**

und seine Vertretungen
in Hamburg, Berg u. Schmidt, Marktstr.
im Fährhaus, Fernsprecher: 4. 9. Heineke,
Rückstraße 44
in Stuttgart: Gollagebauhaus No.
minner, Generaldirektion des
Rudb. Lloyd, Königsplatz 15

**Elektro-
Motore**

(Gleich- und Wechselstrom)
Bietet an

Paul Jaunisch, Altensteig.

Bekanntmachung.

Infolge Stetigkeit der Währung ist ein zweiter
Monatseinzug nicht erforderlich, weshalb das
**Stromgeld für Dezember nur in der Zeit
vom 27.—29. ds. Mts. zum Einzug gebracht
wird.** Da in den meisten Gemeinden ein Zeit-
aufwand von 3 Tagen nicht erforderlich ist, wird
es dem Ortsagenten überlassen, welche Tage er
zum Einzug bestimmen will. Wer es veräumt,
dem Ortsagenten den Zählerstand und das Geld
zu bringen, hat für den dadurch notwendigen Gang
des Ortsagenten eine Gangegebühr von 20 G. Pfg.
zu entrichten. Es ist unbedingt notwendig, daß
sich die Abnehmer dem neuen Einzugsverfahren
anpassen, wodurch sich die Verwaltungskosten wesent-
lich verringern lassen und der Verband rechtzeitig
in den Besitz des Stromgeldes kommt.

Station Leinach, den 11. Dezember 1923.

**Gemeindeverband-Elektrizitätswerk
Leinach-Station (S. G. L.)**

Schreibens.

Regeld: Marie Fischer Witwe, geb. Zetter, 87 Jahre alt.

SPIEGEL

in grosser Auswahl

empfiehlt die

W. Riekersche Buchhandlg.
Altensteig.

